Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 RM. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebietes 1.80 Rm. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Wochenkarten 50 Pf., Einzelnummer 10 Pf., Sonnabendnummer 20 Pf.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 46 mm breit) 8 Pfennig, im Textteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Nebenstellen A. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr.
Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernspr. 345. — Drahtanschrift: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 48 | **Mittwoch, den 26. Februar 1936 nachmittags** | **95. Jahrgang**

Militärputsch in Tokio

Mehrere bedeutende politische Führer ermordet?

Kriegszustand in ganz Japan

London, 26. 2. (Funkspr.) In den heutigen frühen Morgenstunden veröffentlicht Reuter eine Meldung aus Schanghai, wonach in Tokio ein militärischer Putsch stattgefunden habe. Infolge der Zensur seien Einzelheiten bisher noch nicht bekannt. Es verlaute, daß mehrere sehr bedeutende politische Führer, darunter der Finanzminister Takahaschi, ermordet worden seien.

Nach einem in Schanghai eingelaufenen Bericht ist der Kriegszustand nicht nur in Tokio, sondern in ganz Japan ausgerufen worden.

Die 1. Division besetzt die Regierungsgebäude

London, 26. 2. (Funkspruch) Reuter meldet aus Schanghai, daß der japanische Militärputsch von 3000 Mann des 3. Infanterie-Regiments der in Tokio stehenden 1. Division ausgeführt worden sei. Im Morgengrauen des Mittwoch besetzten sie das Regierungsgebäude, das Innenministerium, die Wohnungen des Ministerpräsidenten und des Innenministers und die Polizeizentrale, nachdem sie überall den Widerstand der Wachen überwunden hatten.

Einheiten der kaiserlichen Gardedivision seien angewiesen worden, die Aufständischen aus den besetzten Gebäuden zu vertreiben. Das Schicksal des Ministerpräsidenten Admiral Okada und des Innenministers Goto sei ungewiß. Man vermutet jedoch, daß sie zum mindesten gefangen genommen, wenn nicht ermordet worden seien.

Die 1. Division, die sich an dem Aufstand beteiligt haben soll, habe kürzlich Marschbefehl für die Mandschurei erhalten und sei mit scharfen Patronen ausgerüstet worden, anstatt mit den vom Innenministerium gelieferten blinden Patronen. Nach einem chinesischen Bericht sei der Streit von jüngeren Armeeoffizieren eingeleitet worden.

Telephonverbindung San Franzisko—Tokio unterbrochen

Washington, 26. 2. (Funkspruch) Die Telephonverbindung San Franzisko—Tokio ist unterbrochen. Der Transpazifik-Dienst meldet, daß das Telephonamt in Tokio keine Verbindungen mehr herstelle. Ein Telephonbeamter in Tokio habe um 10.30 Uhr ostasiatischer Zeit am Mittwoch erklärt, daß er nicht wisse, wann der Dienst wieder aufgenommen werden würde.

Auf Anfrage in der japanischen Botschaft in Washington wurde mitgeteilt, daß man bis jetzt noch keine Nachricht über einen angeblich in Tokio ausgebrochenen Militärputsch habe.

Bestürzung in China

London, 26. 2. (Funkspruch) Aus Nanking läßt sich Reuter melden, daß die Nachrichten von einem Militäraufstand in Tokio in China starke Bestürzung hervorgerufen hätten. Man bezeichnet es als bedeutsam, daß der angeblich ermordete Finanzminister Takahaschi ein energischer Gegner der hohen Militärhaushalte war und sich daher bei den radikalen Elementen der japanischen Armee unbeliebt gemacht habe. Wie aus Nanking weiter berichtet wird, vertritt man dort die Ansicht, daß der Militärputsch in Tokio ein Vorzeichen für weitergehende Maßnahmen der japanischen Armee in China und gegen Sowjetrußland sei. Man vermutet, daß es in Tokio zu größeren Unruhen gekommen sei. Die Effektenbörsen von Japan und Tokio hätten den Berichten zufolge ihren Geschäftsverkehr eingestellt. In London liegen bis zur Stunde noch keine unmittelbaren Meldungen aus Tokio vor, da sämtliche Telephonverbindungen mit der japanischen Hauptstadt unterbrochen sind. Der japanische Botschafter in Washington, Saito, erklärte dem Reuter-Vertreter, daß er keinerlei Nachrichten über die gemeldeten Ereignisse in Japan habe.

Flandin verteidigt den Pakt mit Moskau

Auseinandersetzung mit den Kritikern

Nachdem es im Verlaufe der Kammerausprache über den französisch-russischen Beistandspakt an Kritik nicht gefehlt hat, unternahm nunmehr Außenminister Flandin den Versuch, das Abkommen zu begründen. Flandin führte aus, im Juni 1934 sei der von Litwinow und Barthou aufgestellte Plan von Deutschland als gefährlich bezeichnet worden, während Polen eine ausweichende Antwort gegeben habe. Die französische Diplomatie habe sich bemüht, diese Befürchtungen zu entkräften und sogar eine Aenderung des ursprünglichen Planes vorgesehen. Deutschland habe aber jedes Beistandsabkommen abgelehnt. Von Beginn der Verhandlungen an sei der Begriff eines Bündnisses ähnlich der Vorkriegsbündnisse ausgeschaltet worden. Der Beistand sollte nur im Rahmen des Völkerbundes erfolgen. Außerdem sollte das Abkommen einen ersten Schritt zur kollektiven Sicherheit im Osten darstellen; unter diesen Umständen sei im Mai 1935 der Pakt von Laval unterzeichnet worden. Er sei von den interessierten Ländern günstig aufgenommen worden mit Ausnahme der Reichsregierung, die sofort einen Feldzug gegen ihn begonnen habe.

In rechtlicher Hinsicht habe die Reichsregierung in einer Denkschrift den Standpunkt vertreten, daß der französisch-russische Vertrag mit dem Locarno-Vertrag nicht vereinbar sei,

während England Berlin habe wissen lassen, daß eine Unvereinbarkeit nicht bestehe. Der französisch-sowjetrussische Vertrag stelle eine Kontinuität der französischen Politik dar. Im vorigen Jahre Frankreich nie aufgehört, Deutschland an der Politik der kollektiven Friedensgarantien beteiligen zu wollen.

Niemand könne diesem Pakt vorwerfen, so behauptete Flandin, daß er abgeschlossen worden sei, um Deutschland zu vereinsamen. Denn er sei abgeschlossen „in der Hoffnung, daß Deutschland sich an ihm beteiligen werde". Der französisch-sowjetrussische Pakt sei nur eine „Ergänzung der Völkerbundssatzung".

Flandin wandte sich ferner dagegen, daß Frankreich durch den Pakt die Freiheit seiner Entschlüsse im Ernstfalle verliere. Frankreich sei nicht behindert, gegebenenfalls zu beurteilen, ob ein Angriff vorliege oder ob es sich um einen herausgeforderten Angriffe handele usw. Der Vertrag solle „dem Kriege vorbeugen" und unterscheide sich darin von den Vorkriegsbündnissen. Das System der kollektiven Sicherheit sei „gleichbedeutend mit der Einkreisung des Angriffsgeistes".

Flandin bestritt dann die Richtigkeit des von einigen Rednern vorgebrachten Hinweises, daß Frankreich nicht genügend auf den Widerhall von jenseits des Rheines geachtet habe, und erklärte, er habe immer den Wunsch gehabt, eine Zusammenarbeit mit Deutschland zu suchen. Er wünsche, daß dieses große Volk, das der menschlichen Zivilisation viele Dienste geleistet habe, seinen gleichberechtigten Platz am Tisch der Völker einnehme zu gemeinsamer Arbeit.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte sich der Minister gegen die Auffassung, daß Frankreich den Locarno-Pakt zerstöre. Der Locarno-Vertrag verbiete, zum Kriege zu schreiten, es sei denn, daß es sich um einen Beistand im Falle eines Angriffs handele. Wenn aber eine andere Auslegung erfolgen sollte, so würde der Völkerbundsrat berufen sein, sich darüber zu äußern. Niemand könne eine einseitige Zurückweisung (Répudation) des Locarno-Vertrages zulassen.

Eine gewisse Unruhe setzte in der Kammer ein, als Flandin erklärte, daß man die Außenpolitik nicht mit der Innenpolitik verkuppeln dürfe. Keine französische Regierung werde die Einmischung einer auswärtigen Macht in ihre Innenpolitik zulassen. Die Komintern sei nicht das einzige Beispiel für einen politischen Einfluß von außen in Frankreich. Als Flandin einen Auszug aus dem Vertrag über die Anerkennung Sowjetrußlands vorlas, in dem sich beide Teile verpflichteten, von einer gegenseitigen Einmischung abzusehen, wurde auf der Rechten Gelächter laut.

Allgemeine Aussprache abgeschlossen

Paris, 25. 2. Nach der Sitzungspause befaßte sich die Kammer mit der Baufinanzierung für den neuen Personendampfer „Bône d'Oran" für den Verkehr nach Nordafrika.

Anschließend verabschiedete die Kammer mit 438 gegen 100 Stimmen das vom Senat abgeänderte Gesetz, das die Regierung ermächtigt, den Zolltarif zu ändern und die Einfuhrgebühren sowie die Zollzuschläge aufzuheben.

Darauf wurde die Aussprache über den französisch-sowjetrussischen Pakt wieder aufgenommen.

Der Abgeordnete Lounguet (Sozialist) legte die Gründe dar, die seine Partei veranlaßten, für die Ratifizierung zu stimmen.

Nach der Rede Lounguets beschloß die Kammer, die allgemeine Aussprache über die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes abzuschließen. *Am Donnerstag werden die einzelnen Gruppen ihre Haltung bei der Abstimmung begründen.*

Sowjetpakt verschärft die Spannung

Japanische Warnung an Frankreich

Bezeichnend für die Einschätzung des französisch-sowjetrussischen Beistandpaktes ist ein Artikel, den die japanische Zeitung „Tokyo Asahi Schimbun" veröffentlicht.

Danach vertritt das japanische Auswärtige Amt die Auffassung, daß die Ratifizierung des Sowjetpaktes durch Frankreich die durch die agressive Haltung der Sowjetunion ohnehin erschwerte Lage im Fernen Osten wesentlich verschärfen würde.

Um eine Rückendeckung durch Frankreich zu erhalten, habe die Propaganda Moskaus mit einem angeblich deutsch-japanischen Bündnis gearbeitet, das, wie gesagt wurde, den Weltfrieden bedrohe. Gleichzeitig scheue man sich aber nicht in Moskau, Mandschukuo tatsächlich zu bedrohen und die Aeußere Mongolei aufzuhetzen.

Japan müsse daher feststellen, daß der französisch-russische Beistandspakt entgegen den französischen Versicherungen den ganzen Fernen Osten stärkstens beunruhige. Japan erwarte, daß Frankreich dieser Lage Rechnung tragen werde.

Die gesamte japanische Presse hebt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der Sowjetregierung hervor, auch für die Grenzen der Aeußeren Mongolei Untersuchungskommissionen einzusetzen. Die Blätter stellen die Frage, mit welchem Recht Moskau sich plötzlich zum Sprecher der Aeußeren Mongolei aufwerfe. Bisher habe die Sowjetunion jede Einflußnahme auf die Aeußere Mongolei abgeleugnet, obwohl man einwandfrei nachweisen könne, daß Moskau alle direkten Verhandlungen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Mandschukuo und der Aeußeren Mongolei verhindert habe.

Es stehe ferner fest, daß das mongolische Heer von den Sowjets neuzeitlich ausgerüstet und durch Spezialtruppen ergänzt werde.

Japan erwartet nun, daß die Sowjetregierung ihre Beziehungen zur Aeußeren Mongolei einwandfrei klarstelle. Vor allem wünscht man Aufklärung, ob ein Militärvertrag ähnlich dem zwischen Japan und Mandschukuo, besteht, aus dem Moskau ein Recht zur Einmischung in Grenzfragen herleiten könne, die nur Angelegenheiten Mandschukuos und der Aeußeren Mongolei seien.

In politischen Kreisen Japans vertritt man die Auffassung, daß die Lage im Fernen Osten eine wesentliche Verschärfung erfahren würde, wenn Moskau unter Ausübung eines Drucks auf die Aeußere Mongolei seine Operationsbasis nach Süden gegen Nordchina und nach Westen gegen Mandschukuo vorschieben sollte. Die herausfordernde Haltung der Sowjetunion sei nur durch die Entlastung im Westen zu erklären, die der Abschluß des Beistandspaktes zur Folge habe.

Auffüllung der Garnisonen in Nordchina

Unter Berücksichtigung dieser Umstände, so wird in politischen Kreisen weiter gefolgert, sei es notwendig, daß Japan an die Verstärkung seiner Kräfte in Nordchina und in Mandschukuo denke. Japans Antwort auf die Drohungen der Gegenseite sei die bereits beschlossene Auffüllung seiner Garnisonen in Nordchina.

„Es kommt eine Lawine"

Auch sonst fehlt es nicht an Warnungen. So schreibt das Organ der norwegischen Bauernpartei „Nationen" unter der Ueberschrift „Es kommt eine Lawine", es könne nicht übersehen werden, daß der französisch-sowjetrussische Beistandspakt gegen Deutschland gerichtet sei, sonst wäre der große Eifer der Sowjets [illegible] Deutschland der große Feind, denn Deutschland habe den großen Siegeszug des Kommunismus in Europa zum Stehen gebracht, und das werde Moskau niemals vergessen.

Sowjettruppen im Herzen Europas

Enthüllungen eines ungarischen Blattes.

Budapest, 25. 2. Der liberale „Pesti Hirlap" berichtet heute eingehend über den Fortgang der sowjetrussischen Rüstungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei, die seit dem tschechoslowakisch-sowjetrussischen Militärbündnis eingesetzt hätten. Im tschechoslowakisch-ungarischen Grenzgebiet sei der Ausbau ultramoderner Flughäfen für die sowjetrussische Luftflotte im vollsten Gange. Ueberall seien sowjetrussische Truppenabteilungen festgestellt worden. Man bemerke an verschiedenen Orten große Barackenanlagen, in denen sowjetrussische Truppen untergebracht seien. Die Baracken würden durch sowjetrussische Wachmannschaften streng abgesperrt. Derartige sowjetrussische Barackenlager seien in der Nähe der bekannten Bäder Trencsen-Teplitz und Pistyan errichtet worden. An der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze würde Tag und Nacht an dem Ausbau von Betongräben gearbeitet. Ueberall würden große Truppenübungen abgehalten. ungarische und slowakische Grenzbevölkerung sehe mit Entsetzen sowjetrussische Truppen im Herzen Europas auftauchen, die in aller Oeffentlichkeit Vorbereitungen für einen kom-